

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

63 (15.3.1899) I. Blatt

Ausgabe:
wöchentlich zwölf mal.
Abonnementpreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf.,
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorauszahlung.

Redaktion und Expedition
Kirchstraße 9.
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr.
Die 12spaltige Kolonelleiste
deren Raum für 20 Zeilen
Inserate 15 Pf., für aus-
wärtige Inserate 20 Pf.,
im Restenteil 60 Pf. Bei
größeren Aufträgen ent-
sprechenden Rabatt.

Bemerkungen:
Unbenutzte geliebene Einser-
nungen werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honoraransprüche keine
Berücksichtigung finden.

Nr. 63. I. Blatt

Karlsruhe, Mittwoch, den 15. März

1899

Einladung zur Bestellung.

Es ist wieder Zeit, an die Bestellung des Vierteljahrs-Abonnements zu denken. Im Interesse der ununterbrochenen Lieferung des Blattes ist es von großem Wert, die Bestellung so früh als möglich zu machen.

Alle diejenigen, die die möglichst weite Verbreitung eines den nationalen und liberalen Standpunkt mit Klarheit und Entschiedenheit vertretenden Landesblattes für wünschenswert und notwendig halten, werden auch beim bevorstehenden Quartalswechsel wieder dafür besorgt sein, daß der Abonnementstand der „Badischen Landeszeitung“ abermals zunimmt.

Angeht es nicht den Herbst bevorstehenden Landtagswahlen ist es von doppeltem Interesse, daß die Wähler nicht durch das Lesen farblosere, uninteressanter Blätter einge-
schliffen werden, sondern daß sie Zeitungen zu lesen bekommen, die ihnen täglich zeigen, welche Gefahren von unsern Gegnern drohen. Blätter, die vor diesen Gefahren die Augen verschließen, arbeiten an der politischen Verwundung. Wenn sie einmal in Baden, so ist es bei der gegenwärtigen Lage die ernste Pflicht jedes liberal denkenden, charaktervollen Mannes, mit allem Eifer für die liberale Sache einzutreten und für Aufklärung unter der Wählererschaft zu sorgen. Je größer die Verbreitung der entschieden liberalen Blätter ist, desto leichtere Arbeit wird man bei den Wahlen haben!

Daß die „Bad. Landesztg.“ an Raschheit der Berichterstattung von keinem andern Blatt in Baden über-
troffen wird, ist allgemein anerkannt, ebenso findet die Reichhaltigkeit, Mannigfaltigkeit und Gediegenheit des Inhalts überall volle Würdigung.

Unterhaltungsblatt, Parlamentsbeilage, Verlosungsbeilage, Sommer- und Winter-Fahrplanbuch, Kalender sind die Gratisbeigaben der „Bad. Landesztg.“, die in gleicher Ausstattung und Reichhaltigkeit von keinem andern Blatte des Landes geboten werden.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten gegen Einzahlung der Abonnementquittung die „Badische Landeszeitung“ für den Rest des Monats März gratis und franko zugesandt. Auch sind wir, wenn uns Adressen solcher Personen mitgeteilt werden, von denen sich ein Abonnement erwarten läßt, gern bereit, denselben die „Badische Landeszeitung“ von jetzt ab unter Streifenband täglich zugehen zu lassen.

Als Infektionsorgan verdient die „Bad. Landeszeitung“ bei ihrer stets wachsenden Verbreitung die besondere Beachtung der Geschäftswelt.

Der Abonnementpreis beträgt für Karlsruhe für das 2. Quartal durch eine Agentur bezogen: 2 M. 50 Pf., in das Haus gebracht 2 M. 80 Pf., durch die Post (ohne Zustellgebühr) 2 M. 50 Pf. bei Vorauszahlung.

Verlag der „Bad. Landeszeitung“.

Badischer Landtag.

125. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.
Karlsruhe, 13. März.

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. v. Noll, Ministerialdirektor Freiherr v. Neubronn und Geh. Oberregierungsräte Hefl und Hüch.

Präsident Gönnere eröffnete um 1/5 Uhr die Sitzung. Eingeklungen: Gellert, privater Natur und Urlaubsgeluche der Abgg. Gieser wegen Erkrankung an Bronchitis, Pflüger wegen Unwohlseins und Wittum, der an einer Sitzung in Berlin teilnimmt. Es wird in die Allgemeinberatung über die Entwurfe betr. die Ausführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch eingetreten.

Frhr. v. Stockhorner (Fon.) fragt an, in welcher Weise die Großh. Regierung den hier beschriebenen Einzelrichtern Gelegenheit geben werde, bis zum Inkrafttreten der neuen Gesetze den völlig neuen Stoff zu studieren. Hier scheint ihm eine außerordentliche Maßnahme nötig und eventuell solle ein längerer Urlaub zu Studienzwecken bewilligt werden. Er bittet weiterhin, in Artikel V Absatz 1 eine Veränderung dahingehend vorzunehmen, daß der Staat unter allen Umständen die Haftbarkeit für Dienstverletzungen der Beamten, und nicht bloß wenn Vorjahr oder Fahrlässigkeit vorliegt, treffe. Es seien also die Worte „vorzüglich oder fahrlässig“ zu streichen.

Abg. Dr. Wildens (nat-lib.) unterläßt den ersten Wunsch des Vorredners. Bezüglich des zweiten ist er der Ansicht, daß Fälle der geschilberten Art sehr selten vorkommen und daß im Hinblick darauf eine Gefährdung des Kompromisses nicht gerechtfertigt sei. Eine landesgesetzliche Regelung des schiedlichen Güterhandes erheime ihm ebenfalls dringend nötig. Wenn der badische Entwurf angenommen wird, so gilt bei bestehenden Ehen in der Übergangszeit der Güterhand der Ehegatten untereinander nach dem alten Recht und gegenüber Dritten nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Aus dieser Durchtrennung der Rechtslage müßten sich in der Übergangszeit Verbindlichkeiten ergeben. Er sei dafür, daß hier eine einheitliche Regelung eintrete. Eventuell solle man die Übergangszeit, die im Entwurf auf nur 2 Jahre festgesetzt sei, verlängern; er empfehle eine Frist bis zum 1. Januar 1905, damit am Ende der Eheverträge die Regelung des Güterhandes bei bestehenden Ehen aus dem alten Recht in das neue übergeleitet werden könne.

Abg. Wenedey (Dem.) begrüßt das einheitliche Recht als einen bedeutenden Fortschritt. Wenn auch das alte Gesetz fremden Ursprungs gewesen sei, so habe es doch auch sein Gutes gehabt, da es vom Geiste der Revolution, also dem Geiste der Gleichheit und Freiheit durchdrungen gewesen sei. Seine Nachteile seien demgemäß vorzugsweise auf dem sozialen Gebiete gelegen, weil es sich zu sehr auf den Schutz des Individualismus verlege. Er sei auch für Streichung der Worte „vorzüglich und fahrlässig“ in Artikel V Absatz 1. Er habe hierfür einen Antrag eingebracht, der sich auch weiter gegen Absatz 2 richte, worin die Bestimmung getroffen ist, daß die Verfolgung des Staates in Konsequenz des Abs. 1 an die Vorentscheidung des Verwaltungsgerichtshofes gebunden ist. Man wolle den Staat mit dieser Bestimmung vor schändlichen Verfolgungen schützen. Aber einer, manchmal auch ungerechtfertigten Klage sei jeder ausgesetzt. Warum soll der Staat darin eine Ausnahme machen? Er sei für die Aufhebung der Stamngüter, da seine Partei es nicht für gerecht und auch wirtschaftlich nicht für erprießlich halte, einen Teil des Landes aus dem Verlehr herauszureißen. Die Verfassung, die im Jahre 1848 von den Erväählten des Volkes geschaffen wurde, habe mit allen derartigen Vorrechten gründlich ausgeräumt. Er ist für Verlängerung der Übergangszeit bezüglich des Güterhandes bei bestehenden Ehen.

Der Antrag Wenedey und Gen. wünscht, daß in Artikel V Abs. 1 die Worte „vorzüglich und fahrlässig“ durch „widerrechtlich“ ersetzt und der Absatz 2 gestrichen werde.

Ministerialdirektor Frhr. v. Neubronn ist der Ansicht, man solle nicht an dem Artikel V rütteln und keine Sachlage herbeiführen, die eine nochmalige Beratung nötig macht. Wünschenswert wäre der Fall einer möglichst ausbrechenden Geistesantheit als die Möglichkeit erwägt,

unter der eine das Publikum schädigende Dienstverletzung vorzukommen kann. Das seien aber reine Unglücksfälle, die sehr selten zutreffen. Es seien andererseits sehr wesentliche Konzeptionen gemacht worden, als man grundsätzlich die Haftbarkeit des Staates für Schädigungen durch Dienstverletzungen der Beamten festsetzt und dem Staate nur ein Regressrecht gegenüber dem Beamten an die Hand gab. Dies sei ein Vorzug gegenüber dem alten Recht, der schwer ins Gewicht falle; man solle also nicht am Artikel rütteln. Wollte man aber wirklich die Haftpflicht des Staates auch auf die erwähnten Fälle ausdehnen, dann wäre der Antrag Wenedey nicht der rechte Weg, denn Artikel V Abs. 1 verweise auf eine im Bürgerlichen Gesetzbuch etablierte Haftpflicht. Dort sei aber keine Haftpflicht der gedachten Art etabliert. Auch der zweite Antrag Wenedey auf Streich des Art. V Abs. 2 sei nicht berechtigt, denn dem Beamten sehe es zu, wenn er selbst in Anspruch genommen werde, eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes herbeizuführen. Zum Vorne für, daß der Staat gegenüber dem Publikum die Haftbarkeit anstelle des Beamten übernimmt, wolle der Antrag Wenedey ihm das entziehen, was dem Beamten selbst bei Heranziehung zur Regresspflicht zustehe. Der Artikel V sei so sehr das Ergebnis eines Kompromisses nicht nur zwischen Regierung und Kommission, sondern auch zwischen den einzelnen Faktoren der Regierung, daß es nicht gut sei, daran zu rütteln.

Abg. Ged. (Soz.) vertritt unter vielfachen Wiederholungen den Standpunkt seiner Partei. Abg. Pfefferte (nat-lib.) verweist darauf, aus der Bestimmung, daß die Eintragung anderer Reallasten als der Dienstpflichten bei Leibgedings- und Ausgliederungsverhältnissen verboten ist, könnte hervorgehen, daß alle früher vorhandenen Reallasten abgelöst seien. Das sei aber nicht der Fall. Bei den heutigen Zinsverhältnissen sei es schwer, die Belastungen abzulösen, da bei dem niedrigen Zinsfuß die kapitalisierte Ablösungssumme zu hoch werde. Er schlage also vor, einen milden Votus für die Ablösung zu finden. Er unterstütze den Antrag Wildens auf Verlängerung der Übergangszeit.

Staatsminister Dr. Noll sieht in dem neuen Recht einen wesentlichen Fortschritt. Die treffliche Arbeit der Justizkommission und die ausgezeichneten Meritate der Berichterstatter hätten wohl hinreichend über den Stand der Sache unterrichtet. Er sei nicht für eine Veränderung des Artikels V Absatz 1, dahin zielend, daß die Verantwortlichkeit des Artikels V Absatz 1 auch auf solche Fälle ausgedehnt werde, in denen ein subjektiv Schuldiger nicht zu ermitteln ist. In solchen, übrigens seltenen Fällen könnten ja auch Entscheidungen nach Gründen der Billigkeit gewährt werden. Er bitte, eine Änderung nicht vorzunehmen. Er gebe hier zugleich im Namen der Regierung die Erklärung ab, daß diese auf einer Anzeigepflicht von Gehaltszinsen unter 5000 M. an juristische Personen nicht mehr besteht. Was den Wunsch des Abg. Wildens anlangt, so könne ja eventuell die Übergangszeit bis 1905 ausgedehnt werden, wenn sich zeigen sollte, daß die Zeit bis 1902 für die Verrichtung nicht ausreichte. Bezüglich des Wunsches des Abg. Wenedey habe er zu erklären, daß die Regierung an eine Revision veralteter Gesetzesbestimmungen herantrete, wenn einmal die Einführungsarbeiten erledigt sind. Die Stamngüter stellen erworbene Rechte dar, die man nicht einfach aufheben könne. Bezüglich der Errichtung neuer sein einschränkender Bestimmungen, insbesondere wirtschaftlicher Natur, anlässlich einer Revision zugefagt. Der Wunsch des Abg. Frhr. v. Stockhorner könne erst erfüllt werden, wenn ein neues Referendariat dem Staate frische Kräfte zuführe; jetzt seien alle verfügbaren in Anspruch genommen. Die Regierung werde die Einführung der neuen Bestimmungen zu erleichtern suchen, indem sie die Vollzugsordnung bald erlasse und für Verlegungen Sorge, sodas man sich bald des gewonnenen Fortschritts freuen könne.

Geh. Oberreg.-Rat Hefl erklärt, daß da, wo kein Ehevertrag besteht, so ipso die herrschenden Bestimmungen in Kraft sind. Der badische Entwurf will, da die bestehenden Eheverträge als gültige Rechtszustände anzusehen sind, den Ehegatten durch Gewährung einer Übergangszeit Gelegenheit geben, neue, dem Bürgerlichen Gesetzbuch angepaßte Verträge abzuschließen. Er hat deshalb nicht wie der preussische Entwurf die neuen Bestimmungen ex abrupto mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch für bestehende Ehen eingeführt. Er halte die Frist bis 1902 für ausreichend. Eventuell könne man später eine Änderung treffen.

Der Antrag Wenedey ist dahin erweitert worden, daß in Abs. 1 der Hinweis auf das Bürgerliche Gesetzbuch gestrichen werden soll. Ebenso soll der Artikel V Abs. 3 gestrichen werden, der die Bestimmungen bezüglich der verwaltungsgerichtlichen Thätigkeit in Regressfällen behandelt. Abg. Dörflicher (nat-lib.) ist gegen den Antrag Wenedey. Er definiert den Begriff der Beamten der streitenden Gerichtsbarkeit und subsumiert darunter die Schöffen- und Strafgerichte, die Oberbürgermeister in Gemeindegerichtssachen, die Vorsitzenden der Gewerbegerichte und die Vorsitzenden der Schiedsgerichte für Unfall- und Altersversicherungssachen. Er wäre für eine Erklärung hierüber dankbar.

Geh. Oberreg.-Rat Hefl: Die Regierung wolle passu mit der früheren Praxis vorgehen. Um aber nicht wie das frühere Gesetz alle Kategorien aufzählen zu müssen, habe der Entwurf die summarische Bezeichnung „Beamte der streitenden und freiwilligen Gerichtsbarkeit“ eingeführt und es werde wohl der Wissenschaft und Praxis nicht schwer, unter dieser Bezeichnung die richtigen Kategorien herauszufinden. Ob die Vorstehenden der Schiedsgerichte unter den Begriff „streitende Gerichtsbarkeit“ fallen, hierüber könne er ohne vorgängiges Einvernehmen mit verschiedenen Regierungsjuristen keine Erklärung abgeben.

Abg. Kopp (Centr.) wünscht, daß während der Gerichtsferien Vorträge über das neue Recht gehalten werden. Er wolle die Regierung bitten, mit der Fertigung des Grundbuchblattes die Notare zu betrauen. Gegenüber Wenedey sei er der Meinung, daß wohlernormte Rechte nicht einfach abgetretet werden können, sondern man solle sie nur auf dem Wege der Entscheidung ablösen. Er hätte es lieber gesehen, wenn mit dem alten Recht noch etwas radikalere aufgearbeitet worden wäre und wenn der Staat und der Beamte in gleicher Weise für subjektiv verschuldete Schädigungen durch Dienstverletzungen gehaftet hätten. Für die weitere moralische Haftpflicht des Staates über die subjektive Verschuldung hinaus, habe Wng so überzeugende Gründe angeführt, daß er sie nicht anzuführen brauche. Gerade weil derartige Fälle so selten vorkommen, wünder er sich über die ablehnende Haltung der Regierung. Er werde für den Antrag Wenedey stimmen, obgleich er wisse, daß die Juristen seiner Fraktion dagegen stimmen werden. Er unterstütze die Anregung des Dr. Wildens, Ueber beide Punkte solle vielleicht nochmals eine Kommissionsberatung im Beisein der Regierung herbeigeführt werden.

Präsident Gönnere macht darauf aufmerksam, daß, wenn die Zurückverweisung an die Kommission gewünscht werde, ein formeller Antrag einzubringen sei.

Es ist ein Antrag Wildens, Laue, v. Stockhorner, Wenedey und Ged. eingegangen, die Übergangszeit für die Ordnung der Eheverträge in bestehenden Ehen bis 1. Januar 1905 auszudehnen.

Abg. Pfefferte (Antik.) verlangt Aufhebung des Anwaltszwangs. Abg. Wildens (nat-lib.) teilt mit, daß Vorträge, wie Kopf sie wünscht, in Heidelberg in Aussicht genommen seien. Einer Zurückverweisung an die Kommission bedürfe es nicht, da die beiden Fragen ohnehin morgen nochmals Gegenstand einer Besprechung der Justizkommission werden. Er sei von dem Vorsitzenden der Justizkommission zu dieser Mitteilung ermächtigt.

Abg. Armbruster (Centr.) ist gegen die Anregung Kopf's bezüglich der Uebertragung der Grundbuchanlegung an die Notare. Der Artikel V sei jedenfalls, da die primäre Haftung des Staates vorgesehen wurde, ein Fortschritt gegen früher. Dadurch schwäche sich aber das Verantwortungsgefühl des Beamten nicht ab, denn der Staat habe ja das Rückgriffsrecht auf den Beamten. Er wäre für die Erhaltung des Artikel V. Eine nochmalige Beratung sei ganz zwecklos. Es ist ein Antrag Kopf, Fischer II und Schuler auf Zurückverweisung an die Kommission eingelaufen.

Die Allgemeinberatung ist geschlossen.
Die Sitzung wird um 1/8 Uhr abends abgebrochen und auf Mittwoch, den 15. März, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Politische Uebersicht.

Karlsruhe, 14. März.

Cecil Rhodes in Berlin.
Der Reichstag hat am Samstag den Besuch des Herrn Cecil Rhodes erhalten und diesem seltenen und interessanten Gast die gebührende Aufmerksamkeit erwiesen. Die Beratung des Staats des Auswärtigen Amtes wurde, wie unsere Leser in der Parlamentsbeilage gelesen haben, mit einer Debatte über die Bedeutung der Anwesenheit des Herrn Rhodes in Berlin eingeleitet. Das schien nicht ganz nach dem Geschmack des fremden Gastes zu sein; er verschwand aus dem Diplomatensal, sobald unten sein Name genannt wurde. Er fühlte sich erlännt; hätte er länger gewartet, so würde er sogar wahrgenommen haben, wie sehr er vom deutschen Reichstage erlännt ist. Die Debatte gestaltete sich zu einer Art Warnung der Reichsregierung, einer Warnung, die sich allerdings in die Form eines Vertrauensvotums kleidete. Sämtliche Redner sprachen ihr Vertrauen aus, daß die Regierung in den Verhandlungen mit Herrn Rhodes die deutschen Interessen zu wahren wissen werde. Die Bemerkungen, die dabei über die Person des englischen Unterhändlers fielen, ließen deutlich genug erkennen, daß der Reichstag dieser Persönlichkeit zum mindesten keine Sympathie entgegenbringt. Der Kolonialdirektor v. Buchta erklärte, daß, wenn die Genehmigung zu der von Herrn Rhodes geplanten englischen Eisenbahn durch Deutsch-Ostafrika erteilt würde, dies nur unter der Voraussetzung geschehen könne, daß die deutschen Interessen in Afrika im weitesten Sinne und nach jeder Richtung garantiert seien. Inzwischen wurde gemeldet, daß Cecil Rhodes, der Freund und Verbündete des berühmten Dr. Jameson, vom deutschen Kaiser empfangen worden sei. Wenn man sich des Telegramms an Präsident Krüger erinnert, in welchem der Kaiser dem Vorkauf des Transvaalstaates zu dem Sieg über den räuberischen Einfall der Böhmergräben gratulierte und daraufhin in der englischen Presse mit Schmähungen überhäuft wurde, so muß man sagen, daß der Empfang von Cecil Rhodes, der mit Jameson unter einer Decke steckt, einen gründlichen Wandel der Zeiten bedeutet, für den in den weitesten Kreisen das Verständnis fehlen wird. Wenn die Cecil Rhodes nach solchen Vorgängen zu Gnadens kommen können, dann braucht sich eigentlich niemand mehr zu ärgern, wenn ihn einmal vorübergehende Ungnade treffen sollte. Für einen glücklichen Gedanken halten wir den Empfang des intriganten englischen Geschäftsmachers am deutschen Kaiserhofe nicht und wir freuen uns, daß wenigstens im Reichstage recht unverblümt über die Person dieses deutsch-feindlichen Engländers geredet worden ist.

Römisch-katholische Stimmen aus Oesterreich.
Die Wiener „Politische Fragmente“, eine im inneren römischen Klerus in Oesterreich verbreitete deutsch-konervative Zeitschrift, erhält aus der Gegend von Karlsbad offenbar von katholischen Schriftgelehrten stammende Berichte über die konfessionelle Bewegung in Böhmen. In einem derselben heißt es:
„Die Reformation des XIX. Jahrhunderts schreitet hier in Nordböhmen wie zu Martin Luthers Zeiten rüstig vorwärts und fast täglich sieht man in den verschiedenen Zeitungen von neuen Uebertritten, besser gleich Waffenübertritten zum protestantischen Glauben. In Gera gibt es seit kurzem bereits mehr als 1100, sage ich nicht 1000, sondern 2000, bei Dux im nördlichen Böhmen ist gleich ein ganzes Dorf mit Saad und Pat zum Protestantismus übergetreten und sollen dafelbst auch bereits die ersten Taufen mit ref. von neugeborenen Kindern vorgenommen worden sein. Kurz, es giebt in ganz Nordböhmen fast keine einzige deutsche Stadt mehr, wo nicht schon mehr oder weniger protestantische Profesen zu verzeichnen wären. Nun dürfte es noch zu gütterleht einigen Stadträten da und dort einfallen, mit fliegenden Fahnen oder „in corpore“ überzugehen, so ist das Schicksal des katholischen Glaubensschicksals vieler Orten besiegelt.“

Ein anderer Bericht desselben Blattes lautet:

Die religiöse Bewegung in Nordböhmen ist in ihren Annahmen begriffen gleich einer niedergehenden Lavine und wenn von kirchlicher und staatlicher Seite — vielleicht ist es auch schon zu spät, doch hoffen wir es noch nicht — nicht augenblicklich geeignete Mittel dagegen ergriffen werden, dürfte schon binnen der nächsten vier Wochen ganz Nordböhmen von Eger bis Reichenberg und noch weiter hin zum Protestantismus übergetreten sein. Der Ort Pirtenhamer bei Karlsbad ist entschlossen, schon demnächst ganz zum protestantischen Glauben überzutreten, und gedent das Geschicksbauz Mitg u. Cie. dafelbst ein protestantisches Betanuz zu errichten, desgleichen die weiteren sehr dicht bevölkerten und rings um Karlsbad gelegenen Ortschaften: Aich, Fischern und viele andere mehr. In Karlsbad selbst weniger als gleich Eintausend zum Uebertritte angemeldet und dies so bis ins unendliche fort in allen deutschen Städten und Ortschaften Nordböhmens. Ja, das Malheur hat uns armen katholischen Weltgeistlichen und allen guten Katholiken hier die deutschfeindliche katholische Volkspartei mit ihrem unheilvollen Glaubens- und Nationalitätenzwang und der tschechisch-feudalen Politik angethan; denn unabweisbar ist das Gend, welches durch die fortwährende religiöse Verwirrung allerorts in familiärer, sozialer und geschäftlicher Beziehung entstehen müßte, wenn nicht augenblickliche Hilfe — soweit sie noch möglich ist — geschaffen wird. Hier kann aber nur Eins noch helfen: ein gerechter Absolutismus bis zur Vernichtung aller erregten Gemüter, während dem: Rücknahme aller der Deutschen Oesterreichs drangalierenden politischen Verordnungen und Erlasse, insbesondere aller bereits erlassenen Sprachenverordnungen, Trennung der Nationalitäten zur Verhütung neuer Verdrüssungen und in erster Reihe Sittierung aller weiteren Uebertritte zum protestantischen Glauben durch zweckentsprechende Verbote an die Pastoren der betreffenden Gebiete und Auffklärung der Bevölkerung über die sozialen und politischen Folgen weiterer Uebertritte u. f. w., aber rasch, rasch!!!

So der Einsender des römisch-katholischen Organes. Zu dem Vorschlage des Einsenders, die Regierung möge alle weiteren Uebertritte sistieren und den Pastoren die Aufnahme von Uebertritten verbieten, bemerkt die Redaktion der „P. Z.“ in einer Fußnote:

Der hochwürdigste Herr Artikelsschreiber übersieht hier, daß der Regierung gar kein Mittel zur Verfügung steht, um den Uebertritt der Bevölkerung vom Katholizismus zum Protestantismus zu verhindern, da die protestantische Kirche in Oesterreich dieselben Rechte genießt, wie die katholische Kirche.

Absentinen.

In Absentinen bereiten sich neue Ereignisse vor. Bereits im Vorjahre ist berichtet worden, daß eine größere absentische Truppenmacht nach Gebirge vorgezückt sei und Metemuch besetzt habe. Obgleich diese fruchtbarere Landschaft schon lange vor der Gründung des Reiches unter absentischer Herrschaft gestanden hat,

Betrachten die Engländer doch die Festlegung der Abessinier als Eingriff in ihre Rechte. Ferner verläutet, daß jetzt eine ansehnliche abessinische Armee nach dem oberen Nil südlich von dem Sobat vorgerückt sei. Nun macht der Negus Menelik seit einigen Jahren Anspruch auf das ganze rechte Nilufer von 2-14 Grad nördlicher Breite, und vor zwei Jahren hieß es, der englische Sonder-Gesandte Mr. Rodd habe mit Menelik einen Vertrag abgeschlossen, in welchem ihm diese Grenze zugesprochen würde; man hoffte britischerseits so die Freundschaft des Negus zu gewinnen und ihn von der französischen Führung loszulösen. Der Vertrag kam aber nicht zur Ausführung. Die Hoffnungen auf die Freundschaft des Negus erfüllten sich nicht, vielmehr zeigt sich der äthiopische Herrscher jetzt als ein ausgesprochenen Gegner der englischen Politik im Sudan und am oberen Nil. Als vor zwei Jahren mehrere französische Expeditionen durch Abessinien zogen, um sich am oberen Nil mit solchen, die von der Westküste kamen, zu vereinigen, ver kündete man von Paris aus, daß man dabei durch abessinische Truppen unterstützt werden würde. Die stets unzuverlässigen Abessinier ließen aber die Franzosen im Stich. Jetzt geht nun der Negus selbständig vor, ohne sich gegen irgend jemand zu verpflichten. Den Engländern kommt aber von Süden aus eine große Hilfe. Nicht von der Expedition Macdonald, die in Uganda durch einen Sudanese-Aufstand festgehalten wurde, sondern die Belgier rücken mit der Kongo-Armee jetzt dort sichtbar am Nil vor. Zwischen den Engländern und den Belgiern besteht ein enges Einvernehmen, da beide dort eine hervorragende Interessengemeinschaft besitzen. Die Engländer machen viele Zugeständnisse und König Leopold II. will den Nil als Zufahrtsstraße nach dem Osten des Kongostaates und umgekehrt als Verkehrsstraße zum Mittelmeer benutzen.

Ausland.

Schweiz.
Genf, 11. März. Am Freitagabend fand eine Versammlung von Vertretern der Handelskammer, des Verkehrsvereins Genf und der französischen Handelskammer statt zur Beratung der Frage eines Faucillekanals. G. Jazy legte einen Statutenentwurf zur Gründung einer französisch-schweizerischen Gesellschaft zum Bau des Faucillekanals vor. Die Versammlung konstituierte sich zu einem Initiativkomitee behufs weiterer Förderung des Projektes. Der Sol de la Faucille ist eine Berghöhe, 1323 m hoch, im französischen Jura, Arr. Gen. nördlich von Genf. Bis Nouv am Genfersee existiert bereits eine Bahnverbindung.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 13. März. Einer Blättermeldung aus Prag zufolge wurde in einer Versammlung der Mitglieder des böhmischen verfassungstreuen Großgrundbesitzes eine Resolution angenommen, in welcher gegen die Regelung der Sprachenfrage in Böhmen durch eine Verordnung aufgrund des § 14 Verfassung eingeleitet, und das Festhalten an dem gemeinsamen Vorgehen mit den gemäßigten deutschen Parteien betont wird. Das Exekutivkomitee des deutsch-fortschrittlichen Landtagsklubs beschloß in seiner gestrigen Sitzung, in der heute stattfindenden Versammlung des Klubs Abstinenz vom Landtage zu beantragen.

Orient.
Belgrad, 12. März. König Milan will Serbien verlassen und vier Monate der Hauptstadt fern bleiben, um so den Beweis zu liefern, daß er sich nicht in die Politik einmische. Er wird auf seiner Reise die Garnisonen von Nisch, Kragujevac, Jaischak und Valjevo besichtigen.

Ägypten.
Kairo, 11. März. Die englisch-ägyptischen Truppen haben die Ordre erhalten, den Khalifa nicht anzugehen, wenn dieser nicht selbst die Feindseligkeiten eröffnet. Seine Streitkräfte befinden sich augenblicklich in der Nähe des Schitelch-Sees. Eine Schwadron englischer Kavallerie ist am rechten Ufer des weißen Nils aufwärts gefandt worden, um den Schmuggelhandel zwischen der Armee des Khalifen und der Insel Aba zu verhindern.

Asien.
Peking, 11. März. Die immer mehr an sich greifende Empörung in den verschiedenen Provinzen Chinas nimmt allmählich den Charakter an, den die Aufstände früherer Jahrhunderte gezeigt haben. Die berüchtigte Grausamkeit der Chinesen bricht sich wieder Bahn und 2000 Menschen fielen ihr bei der Erstürmung der Distriktsstadt Guyang in der Provinz Anhui nach dem Bericht der Journalisten aus China eingetroffenen „North China Daily News“ neuerdings zum Opfer. Der Magistrat, der Vize-Magistrat und der Kommandant der Garnison wurden auf Befehl des Rebellenführers ermordet. Außerdem sollen 2000 Frauen, Männer und Kinder hingerichtet worden sein. Gegen die Rebellen, die auch noch die Stadt Mengtscheng in Händen haben, sind von Nanking aus 10000 Mann Regierungstruppen, 2 Gebirgsbatterien und 200 Mann Kavallerie entsandt worden. Auch in der Provinz Hupe sollen verschiedene befestigte Dörfer von großem strategischem Wert in die Hände der Aufständischen gefallen sein.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 14. März. Die hiesigen Demokraten gehen bekanntlich bei den Stadtverordnetenwahlen, wenigstens bei der Wahl der 3. Klasse, mit den Sozialdemokraten zusammen. Wie der „Bad. Landesbote“ mitteilt, hat die sozialdemokratische Partei sich bereit erklärt, für 6 Kandidaten der Volkspartei zu stimmen. In der zweiten Klasse, so teilt das demokratische Blatt weiter mit, wird die demokratische Partei mit dem Zentrum zusammen den Kampf gegen den herrschenden National-liberalismus aufnehmen. Leider wird nicht mitgeteilt, ob die Demokraten zu diesem letzten Zweck von ihren Kampfgenossen in der dritten Klasse abschwören müssen, oder ob Demokraten und Sozialdemokraten gemeinsam ins Zentrumslager einrücken werden. Jedenfalls werden sie vom Zentrum, das Arm in Arm mit den Genossen von der Demokratie und der Sozialdemokratie in Karlsruhe schon so „hocherfreuliche Wahlergebnisse“ herbeigeführt hat, ganz gewiß nicht zurückgewiesen werden. Die Energie, mit der das Zentrum in der 3. Klasse gegen den sozialdemokratischen Wahlzettel kämpfen wird, auf dem sich die Namen der Verbündeten für die 2. Klasse befinden, kann man sich lebhaft vorstellen.

Seidelberg, 13. März. Das „Sommerfest“, diese einzig dastehende Fabelberger Feier, wurde gestern wieder in der reizenden üblichen Weise begangen. An dem endlosen Zug beteiligten sich über 60 Paare „Sommer und Winter“ und mindestens 3000 Kinder, zumteil auch aus Nachbarstädten, die mit dem üblichen „Strich, Strich, Stroch“ ihre händergeschmückten „Sommerfest“-trugen. Nachdem die eigentliche Konzertsaison zu Ende gegangen, veranstaltet das städtische Orchester unter Musikdirektor Nabis Leitung drei populäre Symphoniekonzerte in der städtischen Konzerthalle, bei welchen hervorragende Solisten mitwirken werden.

Bruchsal, 11. März. Die hiesige Museums-Gesellschaft hat ihren Mitgliedern im Hotel Keller eine gesellige Veranstaltung, die sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte und einen schönen Verlauf nahm. Die Klavier-Vorträge lagen, so schreibt die „Kraichg.-Ztg.“, in den Händen der hier schon wiederholt gehörten jugendlichen Pianistin Fräulein Hedwig Kirisch aus Karlsruhe, die sich auch gestern wieder im glänzendsten Lichte einer in Anbetracht ihrer Jugend doppelt erstaunlichen Technik und nicht minder vollkommenen Freiheit des Ausdrucks zeigte. Von besonders schöner Wirkung war der Uebergang von den mit überaus feiner Kraftfülle gespielten Fortepianos zu dem leisesten und dennoch feinstintierten und jeden Ton zur Geltung kommen lassenden Piano. Was

wir gestern gehört, kann uns in dem günstigen Prognostikon, das wir der jungen Dame bei früheren Anlässen gestellt, nur bestärken.

Baden-Baden, 13. März. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wird seinen 80. Geburtstag am 31. März (Charfreitag) dahier im Kreise seiner Familie verbringen und auch über das Osterfest nach einer alten Heben Gewohnheit hier verweilen. Wenn der Fürst allein reist, steigt er gewöhnlich im Internationales Klub ab, wo er sich mit einem bescheidenen Herrenquartier begnügt. Da jedoch diesmal die Familie zusammen kommt, so dürfte der Fürst mit seinen Angehörigen in dem von ihm bevorzugten „Europäischen Hof“ absteigen.

H. K. Aus dem Hanauer Land, 13. März. Gestern fand in der „Blume“ zu Lichtenau eine Versammlung der national-liberalen Partei statt. Nachdem Herr Bürgermeister Lauppe die Erschienenen in herzlichen Worten begrüßt hatte, ergriff Herr Hauptlehrer Gebhard von Rehl das Wort. Der Redner gab in großen Zügen eine Entwicklungsgeschichte der national-liberalen Partei seit den sechziger Jahren. Er wies auf die Ziele unserer Partei, nämlich eine gedeihliche Entwicklung unseres Vaterlandes in nationalem und gemäßigt fortschrittlichem Sinn zu erstreben, hin und betonte, daß wir eine bürgerliche Mittelpartei seien; im Anschluß daran zog er Vergleiche mit anderen Parteien. Zum Schluß hob er hervor, daß eine Neugründung in unserm Bezirk notwendig sei. Hierauf folgte der Vertreter des Bezirkes, Herr Landtagsabgeordneter Haub. Derselbe referierte über seine Thätigkeit im Landtag und sprach in längeren Ausführungen über das Gemeindegesetz und seine Stellung zu demselben. Den beiden Rednern wurde reichlicher Beifall zuteil, namentlich fanden die Worte des Herrn Haub über das Gemeindegesetz eine dankbare Zuhörerhaft. Am Ende seiner Rede forderte Herr Haub die Anwesenden auf, der neuzubildenden Ortsgruppe Lichtenau beizutreten, worauf die Einzeichnung der Mitglieder stattfand. Weitere Versammlungen im Bezirk werden stattfinden.

Gebweiler, 12. März. Wie das „Gebweiler Kreisblatt“ hört, ist der Bahnbau nach Gebweiler, bezw. Jungholz, vom Ministerium genehmigt worden. Die Vorarbeiten sollen demnächst in Angriff genommen werden. Es besteht nun die Absicht, eine elektrische Bahn Gebweiler-Felsenheim-Sulz und ferner eine Anschlusslinie Jungholz-Kimbach zu bauen.

Darmstadt, 13. März. Die Zweite Kammer trat heute zu einer Reihe von Sitzungen zusammen. In einer gestern hier stattgehabten sehr zahlreich besuchten Versammlung der Weichbinder-, Maler- und Latierer-Gehilfen aus Darmstadt und Umgebung wurde mit 393 Stimmen beschlossen, heute die Arbeit niederzulegen, bis eine neue Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses erfolgt sei.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 14. März.
Hofbericht. Sonntag vormittag wohnten die Großherzogl. Herrschaften dem Gottesdienst in der Schloßkirche an, bei welchem Hofkapellmeister Fischer die Predigt hielt. An der Frühstückstafel nahm auch J. Kaiser, die Prinzessin Wilhelmine teil. Nachmittags besuchten J. K. H. der Großherzog und die Großherzogin den Stadtpark und besahen den Lauterberg. Abends hörten dieselben einen Teil der Opervorstellung im Groß. Hoftheater. Gestern vormittag 10 Uhr empfing S. K. H. der Großherzog den Oberbürgermeister Gömer von Baden-Baden und nahm von 11 Uhr an den Vortrag des Staatsministers Dr. Holt entgegen. Im Laufe des Nachmittags hörte S. K. H. die Vorträge des Geh. Legationsrats Dr. Frhm. v. Babo, des Majors v. Rannowitz und des Legationsrats Dr. Seyb.

Eisenbahnrat. Im Konferenzsaale der Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen wurde gestern vormittag von 10 Uhr ab die 37. Sitzung des Badischen Eisenbahnrates unter dem Vorsitz des Ministers des Groß. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn v. Brauer, abgehalten. Auf der Tagesordnung stand: 1. Mitteilung der Groß. Generaldirektion über Erstellung eines neuen Tarifs für Beförderung von Milch im Abonnement auf den Badischen Staatsbahnen. 2. Mitteilung der Groß. Generaldirektion über den 4. Nachtrag zum Verzeichnis der Ausnahmetarife. 3. Beratung des Sommerfahrplanes 1899. Die Sitzung wurde gegen 4 Uhr geschlossen. (K. Ztg.)

Ernennung. Wie aus den Amtlichen Nachrichten in heutiger Blatt hervorgeht, ist Herr Professor Engelbert Arnold an der Groß. Technischen Hochschule dahier zum Hofrat ernannt worden. Man wird diese erfreuliche Auszeichnung auf die Ablehnung des Rufes nach München zurückführen dürfen. Ueber die von Allerhöchster Stelle erfolgte Ehrung des Vorstandes des neugegründeten elektrotechnischen Instituts empfindet man eine lebhaftige Genugthuung in allen Kreisen, denen das Wissen und Gedeihen unserer Technischen Hochschule am Herzen liegt und die sich mit uns darüber freuen, daß es den vereinten Bemühungen der Groß. Regierung und des derzeitigen Rektors, Herrn Geh. Hofr. Engler, gelungen ist, die hervorragende Lehrkraft, welche in Herrn Hofrat Arnold erblickt werden muß, für die Technische Hochschule des badischen Landes zu erhalten.

Wählerversammlung. Im Saale des „Prinzen Heinrich“ (Kurvenstraße) fand gestern abend eine vertrauliche Versammlung bürgerlicher Wähler statt, zu der gedruckte Einladungen ergangen waren. Trotz des nicht öffentlichen Charakters der Versammlung hatte sich ein halbes Duzend Sozialdemokraten unter Führung des Schriftführers Willi eingefunden, die sich durch höfliche Zwischenrufe und Unterbrechungen der Redner bemerklich machten. Obwohl sie über die Herrschaft der bürgerlichen Parteien klagen, gewährte man ihnen dennoch ein freies Wort. Ihre leidenschaftlichen Anklagen wurden alsbald sachlich und schlagend widerlegt. Als sie aber nachher fortfuhren, die Redner der Gegenpartei zu verpöhlen, und sogar einer der ibrigen das Wort verlangte, der garnicht hier wohnt und kein Wahlrecht hat, wurden sie „zur Geschäftsordnung“ sehr energisch gefragt, mit welchem Rechte sie denn eigentlich da seien? Man dränge sich doch nicht in vertrauliche Besprechungen, zu denen man nicht eingeladen sei, und wenn jemand dies in einer sozialdemokratischen Besprechung thun wollte, so läge er schon lange im Hofe. Man dulde es hier, weil man tolerant und billig denke, wenn sie sich aber störend benähmen, so werde man sein Hausrecht zu wahren wissen. Der Führer der kleinen Schar schloß dies offenbar als begründet, denn er forderte seine Parteigenossen auf, das Lokal zu verlassen. Dies war das einzig richtige in diesem Falle, und die Versammlung gab ihr Einverständnis zu erkennen. Die Beratungen wurden dann in ruhiger, sachlicher Weise, wie es vorher angeordnet nicht möglich war, zu Ende gebracht.

Der Jahrmakkt zugunsten des Lehrvereinsheims in der Festhalle hatte sich auch gestern und besonders gestern abend eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen. Noch einmal drängte sich das Publikum durch den farbenprächtigen Saal, um angeregt durch die Wittwiltenden — vom bettelnden Zigeuner bis zur schönsten Verkäuferin boten alle ihre größte Ueberredungskunst und Liebenswürdigkeit auf — ihr Scherzlein zum schönen Werte beizutragen. Noch einmal aber wurden auch alle die zahlreichen Schenswürdigkeiten, von der kleinsten Vase bis zum vorzüglichsten Spezialitäten-Theater im kleinen Saale, vollaus gewürdigt und mit Bedauern hörte man um 10 Uhr die Glocke das endgültige Schlußglocken geben, das all der schnellverfliegenden Herrlichkeit eine Ende bereite. Die Einnahmen waren auch gestern, dem guten Besuch entsprechend, ergiebig und betragen ca. 14000 M. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf rund 46300 M. wovon auf Samstag 15500, auf Sonntag 16800 entfallen.

Die Rheinbahnarbeiten machten im vorigen Monat bei vorwiegend günstiger Witterung gute Fortschritte. Es stehen 3. Bt. 4 Trodenbagger in Thätigkeit, welche im Monat Februar

70000 cbm Masse förderten (im ganzen bis jetzt 335000 cbm.) Im Stichkanal östlich der Federbachbrücke ist eine Strecke von ca. 300 m Länge auf die volle Breite und Tiefe des normalen Profils ausgehoben und im Mittelbeton ist der Aushub eines annähernd gleich langen Stückes weit vorgeschritten. Die Ueberlegung ist bis auf den Durchbruch des oberen und unteren Anschlusses an das alte Bett vollendet, der Riestern längs der moorigen Ufer hergestellt und die Steinablage im Vollzug. Die Widerlager der Bahn- und Straßenüberbrückung sind bis auf die Auflagerfläche aufgeführt. Am neuen Stauwehr ist die Fundation beendet und die Aufmauerung der Seitenwände soweit vorgeschritten, daß die Montierung des Eisenwerks demnächst beginnen kann. Von der Kanalisation steht der Spüleinsatz im Ufer an deren oberem Ende und der Verteilungsschacht im Innern des Hafensammels im Bau. Endlich ist die Ueberwölbung des Landgrabens am Anschluß der Honsellstraße an die Rhein- und Lameystraße bei der ehemaligen Mühlenmühle in Angriff genommen.

Während der gestrigen Kammer Sitzung ging plötzlich das elektrische Licht aus, sodaß der ganze Saalmondial in Dunkel gehüllt war. Abg. Arnbruster, der gerade am Wort war, ließ sich durch den Zwischenfall nicht in geringen stören, sondern setzte seine Rede unter der Deiterkeit des Hauses fort, bis er durch seine Fraktionsgenossen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Stenographen nicht schreiben können. Nachdem ein Diener mit vieler Mühe den Gasleuchter angezündet hatte, strahlte plötzlich wieder das elektrische Licht von den großen Bogenlampen nieder.

Tierschutz. Zum Töten von herrenlosen und kranken Hunden und Katzen hat der hiesige Verein eine zeitgemäße Einrichtung getroffen, indem vom 16. d. M. ab im Hause des Wafenermeisters, Marktgrabenstr. 29, zur unentgeltlichen Benutzung drei in Größe verschiedener Apparate aufgestellt sind, in welchen mittels Kohlenäure die Tiere rasch und schmerzlos getötet werden. Die geordnete Gebühr des Wafenermeisters für Abholen und Begraben beträgt bei Katzen und kleinen Hunden 1 M., für große Hunde 2 M.

Fahrraddiebstahl. Einem Radfahrer aus Unlach wurde gestern vormittag vor einem Hause in der Adlerstraße sein Fahrrad (System Styria, Fabrik-Nr. 23892 und Polizei-Nr. 5751) im Werte von 200 M. entwendet. Der Täter ist ein junger Mann von 25 bis 26 Jahren, mittlerer Größe, mit kleinem blondem Schmurbärtchen.

Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 13. März. (Viederfranz-Konzert.) Der „Karlsruher Wiederfranz“ gab am vergangenen Samstag ein zweites Konzert in dieser Saison, das mit dem darauffolgenden Tanz wohl als ein jener intimen Vereinsveranstaltungen angesehen werden darf, denen gegenüber sich die Kritik eigentlich darauf beschränken sollte, den freundlichen Beifall zu konstatieren, den die Leistungen der Sänger und ihres Dirigenten auch diesmal wieder gefunden haben. Allein wir wollen doch hervorheben, daß der Lachnerische „Waldbesuch“ der Mönche von Bant“ mit dem das Konzert eröffnet wurde, sehr angeprochen hat und auch der unvergänglich schöne Männerchor von „Walden“, sowie der gemüthvolle „Wächterruf“ von Spohn-Hedel mit altem schönem Gelingen zum Vortrag gebracht wurden. Auch das bekannte Soliquartett machte sich durch Uebernahme des „Ständchens“ von Uht und des „Härtischen Ich grüße Dich“ um eine reichhaltige Gestaltung des Konzertprogramms verdient. In dem romantischen Männerchor „Der Jägerhahn“ wird vielleicht bei einer Wiederholung der humoristische Inhalt des lustigen Liedes durch eine entsprechende Behandlung der charakteristischen Stellen, besonders auch im Rhythmus mehr zum Ausdruck gelangen. Der Männerchor „Meine Muttersprache“ von Engelsberg, mit dem Bariton-Solo des Herrn Spohn, gefiel sehr gut und „Das deutsche Lied“ von Kalliwoda“, das mit Recht zum Höhepunkt des deutschen Männerchorges geworden ist, soweit die deutsche Junge klug und deutsche Vaterlandsliebe glüht, bildete einen würdigen Abschluß des Konzerts. Sehr erfreut waren wir, dem trefflichen Vereinsänger Herrn Hermann V. d. d. schon im Eingangsschöner das Vokal schön und ausdrucksvoll gesungen hatte, wieder einmal im Konzertsaal zu begegnen und man wird hierin mit uns umso lieber einverstanden sein, als die prächtigen Stimmittel des Herrn V. d. in unserer bassstimmarmen Zeit zu den wirklichen Seltenheiten gehören. Aufrichtige Anerkennung verdient das Maß von ausdrucksfähiger Empfindung und Wärme, das sich Herr V. d. lediglich durch Selbststudium in seinem Vortrag angeeignet hat. Herr V. d. sang die von Kuzel für Bass und Englisch Horn arrangierte Cavatine aus „Valse“, „Zigeunerin“, sowie die bekannte Walze „Die Uhr“, „Hütersicht“ von Raabe und die „Waldbesuche“ von Simon, wofür dem beliebten Sänger reichlicher Beifall zuteil wurde. Ein kleines Ereignis, das eine größere Bedeutung für die Zukunft erlangen kann, war das Auftreten des Fräulein Julie Schütz aus Stuttgart, einer Schillerin von Frau Hofrat Harlachner dafelbst. Die junge amtierende Sängerin verfügt bei einer ziellichen Erscheinung über einen klangvollen reinen Sopran von seltener Kraft und Höhe, von großem Wohlklang und über eine so spielend leichte Koloratur, daß wir unwillkürlich — auch durch den Timbre der Stimme — an keine geringere als die Bianchi selbst erinnert wurden, eine Ansicht, die inzwischen vielfache Zustimmung gefunden hat. Die junge Anfängerin hat zudem eine sehr gute Schale und wird zweifellos ihren Weg machen. Einer Bühne, die sich eine solche Kraft beizugehen zu sichern weiß, könnten wir nur unsere Gratulation aussprechen. Das Publikum zeichnete die sympathische junge Dame mit dem herzlichsten Beifall aus und spendete, wie schon betont, auch dem Vereinschor und Quartett nach jeder Nummer die verdiente Anerkennung.

Die Opernsoubrette der Frankfurter Bühne, Fräulein Hedwig Schacko, wurde von Direktor Mahler für die Wiener Hofoper engagiert. Professor Wolf hat auf der Sternwarte Königsstuhl bei Heidelberg im Sternbild der Andromeda einen neuen Kometen (1899 b) aufgefunden. Nach seiner gegenwärtigen Stellung zu schließen, ist der neu aufgefunden, vorläufig noch sehr lichtschwache Komet vermutlich identisch mit dem periodischen Kometen „Tuttle“, dessen Wiederkehr in diesem Jahre zu erwarten steht. Dieser Komet ist bereits im Jahre 1790 von Méchain beobachtet worden, ging dann wieder verloren. Jahre 1790 von Mechain 1856 von Tuttle in Cambridge, Mass., und fast gleichzeitig von Weisung in Berlin neuerdings entdeckt und seitdem bei jeder seiner Erscheinungen beobachtet; seine Umlaufzeit beträgt 13 1/2 Jahre.

Amtliche Nachrichten.

S. K. H. der Großherzog hat unterm 2. März 1899 den ordentlichen Professor für Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Engelbert Arnold, zum Hofrat ernannt.
S. K. H. der Großherzog hat unterm 2. März 1899 den Hofrat Karl Schneider bei der Generaldirektion der Staatsbahnen zum Bahnverwalter ernannt.
S. K. H. der Großherzog hat unterm 2. März 1899 den Telegraphenkontrollleur Eduard Gutz in Konstanz unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand versetzt.
S. K. H. der Großherzog hat unterm 2. März 1899 dem Notar Karl Schmidt in Bahl eine Notarstelle im Amtsgerichtsbezirk Stodach, dem Notar Karl v. Diemer eine Notarstelle im Amtsgerichtsbezirk Donaueschingen, dem Notar Ludwig Mayer in Stodach eine Notarstelle im Amtsgerichtsbezirk Bahl und dem Notar Richard Heim in Weilsheim eine Notarstelle im Amtsgerichtsbezirk Hiltast übertragen.
S. K. H. der Großherzog hat unterm 7. März 1899 den Notar Anton Schmitt in Wiesloch auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste auf 1. April d. J. wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit in den Ruhestand versetzt; dem Notar Karl Lederte in Breisach eine Notarstelle im Amtsgerichtsbezirk Wiesloch, dem Notar Max Hornung in Wertheim eine Notarstelle im Amtsgerichtsbezirk Breisach und dem Notar Dr. Max Schwarzschild in Pfalldorf die Notarstelle Weilsheim übertragen.
Mit Entschlieungen Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 7. und 10. März 1899 wurde zugewiesen: dem Notar Karl Schmidt die Notarstelle Stodach 1.

dem Notar Karl v. Tinner die Notarstelle Hüringen, dem Notar Ludwig Mayer die Notarstelle Bühl II, dem Notar Richard Heim die Notarstelle Kappel I, dem Notar Karl Lederle die Notarstelle Wiesloch I und dem Notar Max Hornung die Notarstelle Briesach.

Rechtspflege.

Karlsruhe, 11. März. (Strafkammer II.) Wegen gemeinschaftlich verübten Betrugs hatten sich der in Mengenien geborene und in Gochsheim wohnhafte Pferdehändler Karl Gundelfinger sowie der Malter Christian Friedrich Stiefel aus Oberberlingen zu verantworten.

Verschiedenes.

Hamburg, 14. März. Die dortige „Hamb. B.-G.“ hört, wurden der gefamten Besatzung des Dampfers „Prätoria“, vom Kapitän und den Offizieren bis zu dem letzten Krieger, von der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie namhafte Belohnungen ausgehändigt als Anerkennung für das vorzügliche Verhalten während des schweren Sturmes, welchen der Dampfer in der ersten Februarhälfte durchzumachen hatte.

Wien, 14. März. Der „Pres. Ztg.“ wird von hier gemeldet, die bis zum Abschluss gebliebenen Anleiheverhandlungen mit Bulgarien seien in letzter Stunde gescheitert, da die bulgarischen Minister insofern eines von Sofia eingegangenen Gegenbeschlusses ihre Unterschrift verweigerten.

London, 14. März. Nach einer bei Lloyd's aus Aberdeen eingegangenen Depesche ist der in Stanger beheimatete Dampfer „Zdraci“ vom Tynefluß nach Bergen unterwegs, am 10. März in der Nordsee gescheitert. Der erste und zweite Ingenieur, sowie ein Mann der Besatzung sind in Aberdeen gelandet. Man hält den übrigen Teil der Besatzung für verloren.

London, 14. März. Das Deutsche Bureau meldet aus Brisbane von heute: Bei einem Orkan, welcher an der Küste von Oucelstland wüthete, sind 83 Fahrzeuge der Perlschiffahrt untergegangen. Es wird angenommen, daß 400 Eingeborene und 11 Weiße ertrunken sind.

Calcutta, 14. März. Der Militärarzt C. v. H., Professor der Pathologie an der medizinischen Hochschule in Calcutta, ist gestern an der Pest gestorben. Man glaubt, daß der Verstorbenen sich die Krankheit bei der Autopsie der an der Pest Verstorbenen zuzog.

Handel und Verkehr.

Mannheimer Börse, Effekten. An der heutigen Börse gingen Eisenbahn-Aktien à 178 1/2 Proz., Mannheimer Gummi- und Asphalt-Aktien à 100 Proz. und blieben so noch gesucht. Mittelbayerische Schwebel-Aktien waren à 72 Proz. erhältlich.

Mannheim, 18. März. (Eisenbahnbörse.) Bei niedrigerer Forderung Amerikas hielt die matte Tendenz an. Preise per Tonne in Rotterdam: Saronita M. 137 bis 140, Südrußischer Weizen M. 128 bis 135, Kanjas I. M. 124, Kanjas II. M. 126, Hedewinter M. 182 bis 185, Milwaukee M. 127 1/2, Neuer La Plata M. 124 bis 131, Russischer Roggen M. 113 bis 117, Weizen-Roggen M. 119, Mais mixed M. 80 bis 85.

Plata-Mais M. 83 bis 85, Russische Futtergerste M. 79, Weiser amerikanischer Safer M. 120, Russischer Mittelsafer M. 114 bis 118, Prima russischer Safer M. 120 bis 128.

Frankfurt a. M., 13. März. (Abendbörse.) Kreditaktien 201.50 b. Diskontokomm. 201.20 b. Handelsgesellschaft 167.80 b. Darmstädter 154.20, 10 b. Banque ottomane 114.30 b. Nationalbank 148.70 b. Berliner Bank 117.30 b. Decker-Lag. Bank 133.10 b. Adressenliste 139.50 b. Licht und Kraft 137 b. Chem. Mannheim 183 b. Siemens n. Halste 199.90 b. Hilpert 182.20 b. Wiener Elektr. 164.50 b. Laurahütte 224.70 b. Gelsenkirchen 196.80 b. Hapener 184.75 b. Concordia 287 b. Hibernia 194.25 b. Staatsbahn 153.60 b. Lombarden 30 b. Gotthard 148.30, 40 b. Jura-Simplon 88, 20 b. Central 142.50 b. Nordost 100.50 b. Union 77.80, 90 b. Henri 106.20 b. Italiener 95 b. Spanier 57.80 b. Decker. Goldrente 101.80, 101.70 b. Madrider Lote 45.50 b. Mexikaner 189.88, 40.30 b. Portugiesen 40.70 b.

Frankfurt a. M., 13. März. (Börsebericht.) Die heutige Börse zeigte wieder sehr feste Tendenz, wenn auch der Geschäftsumfang sich nicht ausdehnen vermochte. Die Eisenpreissteigerungen und der günstige Bericht vom amerikanischen Eisenmarkt kamen speziell den Eisenwerten zu statten, die heute ihre Kurssteigerungen fortsetzen konnten. Auch für Spanien zeigte sich wieder stärkeres Interesse. Die glänzenden Staatseinnahmen, die in den ersten 8 Monaten ein Plus von über 80 Mill. Pesetas ergaben, haben die aufsteigende Kursbewegung natürlich noch gefördert.

Amsterdam, 13. März. Weizen für März —, für Mai —, für Roggen für März —, für Mai 135, für Oktober —, Weizen hier 187 1/2, für April-Mai 187 1/2, für Sommer 187 1/2, für Herbst 18 —, Banca-Zinn hier 65 —, Billiton hier 63 1/2.

Drahtberichte.

BN. Pforzheim, 14. März. Die hiesigen Schneidergesellen befinden sich seit einiger Zeit in der Lohnbewegung. Gestern Abend wurde in einer zahlreich besuchten Versammlung die Sperre über 4 größere hiesige Geschäfte verhängt, welche den neuen Lohnstarif nicht bewilligen wollen.

Wien, 14. März. Der „Pres. Ztg.“ wird von hier gemeldet, die bis zum Abschluss gebliebenen Anleiheverhandlungen mit Bulgarien seien in letzter Stunde gescheitert, da die bulgarischen Minister insofern eines von Sofia eingegangenen Gegenbeschlusses ihre Unterschrift verweigerten.

Hamburg, 14. März. Der „Hamburgische Korrespondent“ meldet aus Friedrichshub: Die Anfang dieser Woche in Friedrichshub entfallende Leiche der Fürstin wird zunächst im Sterbehause des Fürsten an seiner Seite bis zur Beisetzung aufgebahrt werden.

München-Gladbach, 13. März. Die Kresfelder Weberbewegung greift in den Gladbacher Bezirk über. In mehreren Weberereien sind die Arbeiter in den Ausstand getreten und haben gefordert, 1200 Textilarbeiter forderten in einer Versammlung zehntägigen Arbeitsstopp und unbedingte Koalitionsfreiheit.

Wien, 14. März. Der „Pres. Ztg.“ wird von hier gemeldet, die bis zum Abschluss gebliebenen Anleiheverhandlungen mit Bulgarien seien in letzter Stunde gescheitert, da die bulgarischen Minister insofern eines von Sofia eingegangenen Gegenbeschlusses ihre Unterschrift verweigerten.

Wien, 14. März. Die Abgeordnetenkammer begann gestern die Debatte über den Voranschlag 1899, welchen der Referent zur Annahme empfiehlt. Am Schlusse der Sitzung brachte der Abgeordnete Major eine Interpellation ein: Hat der Ministerpräsident Kenntnis von der Absicht unseres Auswärtigen Amtes, an der chinesischen Küste ein Gebiet zu pachten, oder ist diese Angelegenheit vielleicht eine vollendete Thatsache?

Rom, 14. März. Gestern ging hier das Gerücht um, gegen die Kammer sei ein Attentat beabsichtigt, doch verlief die Sitzung in vollster Ruhe ohne jeden Zwischenfall.

Paris, 14. März. In der Deputiertenkammer interpellierte gestern der Sozialist Allard über die Explosion bei Toulon, namentlich, wen die Verantwortung treffe, über die Ursache und ein Attentat vorliege, ferner über den Angriff auf die Schiffschraube und die Entdeckung der Dynamitpatronen. Der Marineminister De Roy erwiderte, die Untersuchung ergab bisher keinerlei positive Resultate. Auf der Unglücksstätte sei keine Spur gefunden, die meisten Zeugen der Katastrophe seien tot oder könnten keine Aufklärung geben.

Paris, 14. März. Oberst Picquart ist gestern von der Militärbehörde an die bürgerliche Gerichtsbarkeit übergeben worden. Er wurde in vollem Anzuge in den Arrest genommen.

liefert worden. Er wurde in das Gefängnis „de la sainte“ überführt und in der Zelle interniert, die er bei seiner Verhaftung inne gehabt hatte.

Paris, 14. März. Vor dem Schwurgericht begann gestern die Verhandlung gegen Urbain Gobier, den Verfasser des Buches „L'armée contre la nation“ und gegen den Herausgeber Katanon wegen Verleumdung und Beleidigung der Armee. Der Saal ist dicht gefüllt. Der Vorsitzende beginnt sofort mit dem Zeugenverhör. Mehrere Zeugen bezeugen die Ehrenhaftigkeit und Vaterlandsliebe Gobiers. Vertheidigere in Nichtaktivität verlegte Offiziere beklagen sich über die ihnen gegenüber begangene Ungerechtigkeit und behaupten, daß mehrere der in dem Gobier'schen Buche enthaltenen Angaben gerechtfertigt seien. Aus den weiteren Zeugnisaussagen ist besonders diejenige Pelletans hervorzuheben, die es billigt, daß Gobier einen Angriff gegen die Unregelmäßigkeiten in der Kriegs- und Marineverwaltung gerichtet hat. Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

Christiania, 13. März. Die Zeitung „Verdensgang“ meldet: Gestern Abend sammelte sich, als der Kronprinz Regent von Militärverein nach dem Schlosse zurückkehrte, eine 300 Personen zählende Volksmenge an, welche Kundgebungen veranstaltete, indem sie unter Pfeifen und Schreien mit Schnee warf. Die Polizei zerstreute die Menge und nahm drei Verhaftungen vor. „Verdensgang“ verurteilt die Kundgebung auf das Schärfste.

London, 14. März. Im Unterhause erklärte der Parlamentsuntersekretär des Auswärtigen, Brodrick, das Gerücht, Italien sei im Begriff, Grynthraa an England abzutreten, sei unbegründet.

Madrid, 14. März. Eine antulische Depesche des Generals Rios meldet, Otis verhindere die Verhandlungen mit den Aufständischen. Bei einer Auszahlung des Lösegeldes in bar würde die Lage der Filipinos gebessert. Rios erachtet den Augenblick für gekommen, im Namen der Humanität an die Vermittelung der Mächte zu appellieren und bittet um Instruktionen.

Barcelona, 14. März. In der medizinischen Fakultät wurde ein Studentenkomplott entdeckt, monach nicht catalonische Professoren verhindert werden sollten, Vorlesungen zu halten.

Leon (Spanien), 14. März. Hier fand eine großartige Kundgebung für die Armee statt. Dieselbe wird als Protest gegen die Umtriebe der Carlisten aufgefaßt. Mehrere Verhaftungen wurden infolge der hervorgerufenen Aufruhrungen vorgenommen.

New-York, 14. März. Nach Blättermeldungen aus Manila unterlagte General Otis die Fortsetzung der Unterhandlungen zwischen den Spaniern und den Philippinern bezüglich der Freilassung der spanischen Gefangenen, vermutlich in der Absicht, zu verhindern, daß die Aufständischen in den Besitz des Lösegeldes gelangen, welches sie zur Förderung ihrer nationalen Sache verwenden würden. — Nach weiteren Meldungen aus Manila gingen die amerikanischen Truppen, von Artillerie unterstützt, gegen die Aufständischen vor, welche den Berggründen von Pasig besetzt hielten. Die amerikanischen Truppen schlugen die Philippiner mit schweren Verlusten zurück und nahmen ihre Position auf dem Berggründen. Der weitere Angriff gegen den Pasig wird vorbereitet. Die Verluste der Amerikaner sollen gering sein.

Briefkasten.

H. M. hier. Mit dem Worte „run“ bezieht man in diesem Falle die partikulare Rückforderung der Sparanlagen, die sich meistens dann zu vollziehen pflegt, wenn über das betreffende Bankinstitut unangenehme Gerüchte umgehen. Es kommt dann vielfach zu einem Ansturm (run) der Einleger auf die Kassen.

H. C. Baden. Die Lothringergothaische Verfassung schreibt vor, daß wenn die Ernennung eines Regierungsoberverwalters oder Statthalters notwendig ist, dieser protestantisch sein muß. Somit dürfte wohl auch durch eine Verfassungsänderung klar und deutlich zum Ausdruck kommen, daß kein katholischer Fürst auf den Thron gelange, denn die im Ausland lebenden Prinzen August (König) und Philipp (König), die Söhne von Großherzog-Brütern des jetzigen Herzogs, sind katholischer Konfession. Die Bevölkerung der Herzogtümer besteht zu 90 Proz. aus Protestanten.

Donauverdingen. Der Ausdruck „petit bleu“ ist ein echter Paroxysmus. Er kommt wohl zum erstenmal bei Guy de Maupassant vor, der in seinem berühmten Roman „Bel Ami“ und auch in der Novelle „Notre coeur“ das Pariser Stadtelegramm, das so vielfach zu Zwecken des „billet doux“ verwendet wird, „petit bleu“ nennt. Der Ausdruck bezieht sich auf die Form und Farbe dieser Depeschen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Reuß, für den Anzeigenteil: Ludwig Vorbach in Karlsruhe.

Witterungsbeob. der meteor. Stat. Hohenzollern, 10131 m ü. d. M. (Nachdruck verboten.)

Table with 5 columns: Date, Barometer, Wind, Direction, Temperature. Data for 13. März and 14. März.

G. SCHMIDT-STAUß 154 Kaiserstr., Karlsruhe, gegenüber d. Postneubau. UHREN & JUWELEN, 1454.71 GOLD- und SILBERWAREN. Grosse, neue Auswahl. Auswahlsendungen bereitwilligst.

Frankfurter Börsenkurse vom 13. März 1899.

Large table of stock market data for Frankfurt, including various bonds, stocks, and exchange rates. Columns include instrument names, prices, and other financial details.

